

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 mal und ist durch die Expedition: Neue Dresdenerstr. 5 und durch Aussträger zu beziehen. Preis pro Woche 50 Pf. Monat 1.25 Mk. 3 Monate 3.50 „ 6 Monate 6.75 „ Durch die Post bezogen 1.17 „ mit Post 1.32 „ wo keine Post am Orte 1.50 „

Volkswacht

für Schlesien und „Eleganter Volkszeitung“.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Werbungsbillets beträgt für die einpallige Anzeigenzeitung deren Raum für Breslau und Schlesien 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Sonntagsblätter unter 1.20 Mk. Werbestatt, Wohnung, Verlegung, W. am Montag 20 Pf. Familien-Nachrichten 30 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormitags 8 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 1206. Postfach-Num. Breslau Nr. 5882.

Fernsprecher: Redaktion Nr. 8191. Postfach-Num. Breslau Nr. 5882.

Nr. 276.

Breslau, Montag, den 25. November 1918.

29. Jahrgang.

Die Stimme des Volkes.

Ein Volksurteil.

Breslau, 25. November. In Dresden fanden gestern die allgemeinen Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat statt. Nach den bisherigen Feststellungen des Wahlkomitees entfielen, laut „Vorwärts“, von den abgegebenen Stimmen 88473 auf die sozialdemokratische Mehrheitspartei, 5500 auf die Unabhängige Sozialdemokratie. Wahrscheinlich wird die Mehrheitspartei 47 und die unabhängige Partei 3 Siege im Arbeiter- und Soldatenrat erhalten. Die „Morgenpost“ bezeichnet die Dresdener Zahlen als lehrreich. Sie beantworten die Frage, wo die Massen stehen. Um das für die radikale Gruppe geradezu vernichtende Abstimmungsresultat richtig zu würdigen, müsse man berücksichtigen, daß das Königreich Sachsen stets als Hochburg der Unabhängigen galt.

Die Frontsoldaten.

Kreuzburg, 24. November. In einem Telegramm an den Volksbeauftragten Ebert heißt es unter anderem: Im Auftrage von 500.000 Frontsoldaten vermahnt sich die schärfste gegen die Annahmen des Arbeiter- und Soldatenrates von Berlin, der unter Umgehung der Nationalversammlung eine diktatorische Gewalt über das ganze deutsche Volk erstrebt. Die Front wird niemals der Diktatur einer Minorität sich unterwerfen. Im Auftrage von 500.000 Frontsoldaten protestiert der Soldatenrat der 4. Armee gegen die von der Spartakusgruppe beabsichtigte Errichtung des Frontsoldatenrates in Berlin. Die in Berlin anwesenden Soldaten vertreten nicht die Front. Die Front hat ihre eigenen Frontsoldatenräte gewählt und nur diese, deren vornehmste Aufgabe die Sicherung der Nationalversammlung ist, erkennen sie an. Ähnliche Proteste liegen, wie an anderer Stelle schon gesagt, aus vielen Teilen Deutschlands vor.

Wo stehen wir?

Große Zeiten der Umgestaltung werfen häufig neue Probleme auf und rufen Nebenerscheinungen hervor, die den beunruhigten, der seinen Maßstab nur aus normalen Zuständen entnimmt. Die Gestaltung der deutschen Demokratie durch polnische Abenteurerbanden, das Auftreten von Absonderungsbestrebungen im Reich, die geräuschvolle Propaganda radikaler Spartakusleute und die vermutete Diktatur der Arbeiterklasse sind solche Nebenerscheinungen, die vielfach übertrieben, in den letzten Tagen die Spalten der Zeitungen füllten. Doch beginnt auch hier Ernüchterung und Beruhigung einzutreten. So weit wirklich der Vorkriegsstand der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte diktatorische Gelüste zeigte, hat ihm aus dem ganzen Reich ein Chor des Widerpruchs geantwortet, der seine Wirkung schon erzielt hat. Von Ost und West haben die Soldatenräte der Frontarmee starken Einbruch erhoben, aus den großen Städten Süd- und Norddeutschlands mit ganz wenigen Ausnahmen sind Kundgebungen für die baldige Einberufung der Nationalversammlung erfolgt, so daß irgend eine Gefahr der Gewalttherrschaft bolschewistischer Strömungen gänzlich vorliegt. Am gestrigen Sonntag hat die Dresdener Arbeiter- und Soldatenratswahl eine Probe auf die Volksstimmung gestattet und siehe da, mit 89000 gegen 5000 Stimmen haben sich die Wähler für die Sozialdemokratie gegen unabhängige Absonderungsbestrebungen ausgesprochen und ebenso ist das Verhältnis in Berlin und im Reich. Aus Hannover, Mainz, Kassel, Bielefeld, Baden, Mannheim, ja selbst aus Bremen und Kiel kommt der Ruf gegen eine Alleinherrschaft der Berliner und er hat auch insofern seine Wirkung getan als er den Bolschewisten

veranlaßt, selbst eine Ergänzung seines Kreises durch Delegierte aus dem Lande und aus den Bundesstaaten vorzunehmen. Gleichzeitig gibt Ebert bekannt:

„Wir Sozialdemokraten haben ja immer für das gleiche Wahlrecht gekämpft, gegen der Passivität der Deone: „Das gleiche Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir leben“. Die Vorbereitungen für die Nationalversammlung und von der Regierung bereits in die Wege geleitet. Des Reichsamt des Innern hat einen Entwurf zum Wahlrecht der Regierung unterbreitet, der in den nächsten Tagen im Rat der Volksbeauftragten zur Verhandlung kommen wird. Allerdings darf man die Verurteilung der Nationalversammlung nicht überstürzen. Kurzzeit unsere Truppen vor allen Fronten durch Gleichzeitigkeit vollzieht sich eine gewisse Vertreibung der in der Kriegszeit in die Fronten vertriebenen Arbeiter. Hier muß ein wieder eine gewisse Restriktion eintreten, damit auch wirklich alle Soldaten und Arbeiter in der Lage sind, ihr Wahlrecht zur Nationalversammlung ausüben zu können. Die Regierung ist aber nach der Meinung, daß die Nationalversammlung sobald wie möglich berufen werden soll, um die staatsrechtlichen Grundlagen für die sozialistische Republik zu schaffen.“

Damit kann jeder Zweifel als erledigt gelten und die heutige erste Zusammenkunft der Vertreter der neuen Regierungen in Berlin wird natürlich diesen Ebertschen Standpunkt noch kräftig unterstützen. Damit fallen dann auch alle Befürchtungen über den Zerfall des Reiches, wie sie kürzlich etwas sensationell aus dem Rheinland kolportiert wurden. Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt dazu: „Die Frage, ob im Rheinlande ernannte Vorparlament im Gange seien, die auf eine Fortsetzung der Rheinprovinz, vom Rhein abtrennen, ist zu verneinen. Die Rheinprovinz erhebt keinen Anspruch auf die Unabhängigkeit der übrigen Länder im Reich ihre Unabhängigkeit von der geistlichen und politischen Diktatur Berlins, wünscht aber im übrigen ein Glied der deutschen Einheit zu bleiben, in dem sie mehr als früher ihren Einfluß geltend zu machen erwünscht ist. So steht es liberal. Niemand im Lande will die Zerstückelung des Reiches, aber würden passive Resistenz üben, wenn man in Berlin eine Alleinherrschaft über radikaler und verwirrender Strömungen proklamirte.“

Andererseits natürlich unsere Feinde jenseits der Grenzen, besonders die Franzosen. Alle Beleidigungen und Bitten über die Härten des Waffenstillstandes weisen sie nachsichtig und hochmütig zurück und scheinen sich förmlich auf den Tag zu freuen, an dem sie wegen Nichterfüllung irgend einer Bedingung den Einmarsch in Deutschland fortsetzen und in Berlin einziehen können wie die Deutschen 1871 in Paris. Darauf läuft alles hinaus, was über die Unordnung der Verhältnisse in Deutschland, über die unsicheren Pläne des ehemaligen Kaisers und über die Nichterfüllung von Waffenstillstandsbedingungen in Paris behauptet wird. Und wenn alle Stricke reißen, dann kommt neuerdings die Behauptung dazu, die Westmächte müßten von Berlin aus das Uebergreifen des Bolschewismus aus Rußland verhindern — ein Grund immer fauler als der andere. Den Kampf gegen die russische Sowjet-Regierung hat ja die Entente in Sibirien mit Waffengewalt aufgenommen, ist mit ihrer Flotte nach Odessa gedrungen, wird die Saloniki-Armee in die Ukraine und zieht von dort aus gegen die Räteregierung in den Krieg, die dadurch von Norden und Süden bedrängt wird. Ob dieser kapitalistische Feldzug zur Niederwerfung fremder, wenn auch verfeindeter, sozialistischer Strömungen nicht am Ende auch das französische Herrgesetz und den Nachschub in Paris einmal bittere Tage bereitet, das liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit

Zwischen bahnen sich zwischen Deutschen und Polen Ausgleichsbereitungen an, die darauf fußen, daß bis zum Friedensschluß die alten Reichsgrenzen bestehen, daß diese von Truppen beider Nationen geistigt werden und das Schicksal des Landes seinerzeit durch Abstimmung entschieden wird. Es ist deutlich zu merken, daß auch in polnischen Kreisen und besonders Ober-Ost die Meinung abnimmt, sich in die überaus zügellose Verhältnisse des polnischen Reiches hineinzufügen. Bedenklich sind nur die wilden Streiks, die sich in ihrer Wirkung gegen beide Nationen richten und hoffentlich bald ein Ende finden, an Kohlen werden wir ohnehin genug Mangel leiden.

Neue Parteien.

Neue Parteien schieben jetzt wie Pilze aus der Erde, genau besehen sind es aber die alten. Die Nationalliberalen und die Rechtsfreisinnigen mit Kopfschmerz und Wiemer Stunden jetzt auch eine „Deutsche Volkspartei“. Als „Deutschnationale Volkspartei“ mit nach links revidiertem Programm tut sich heute ein Kreis von Konservativen mit den Herren Kardorff, Merlin, v. Winterfeld, v. Götter, Graf Wolke, v. Böhlendorff-Rempin auf, nur Oldenburg-Januschau scheint zu fehlen, dafür ist der Nordparlamentarier Pastor Philipp dabei, dem der Krieg als Gottes Schickung nicht hart und lang genug sein konnte. Es dauert uns, den Breslauer Landtagsabgeordneten Dr. Wagner in Gesellschaft dieser „Volkspartei“ wiederzufinden, wenn sie auch der Zeit ihre Rugezustände macht und für gleiches Wahlrecht, Gleichberechtigung der Frauen, Aufhebung von Land an die Bauern, Ausbau der Sozialpolitik und dergleichen moderne Dinge einzutreten vorab. Auch das Zentrum hat sich bekanntlich den Ruf „Freie deutsche Volkspartei“ zum Parteianamen gegeben und die links geneigten Teile des Liberalismus und der fortschrittlichen Volkspartei firmieren fortan als „Deutsche demokratische Partei“. Neben manchem prächtigen Namen, der in den letzten Wochen seinen Mann gestellt hat, finden wir in ihrem Breslauer Anruf allerdings auch die juristischen Seiden Spinner wieder, die der ganzen Revolution am liebsten nur fünf Minuten Redezeit gewährt hätten, und sie von der Perspektive jenes Königs aus betrachten, der auf die Werbung, das Volk mache Revolution entrüstet fragte: „Dessen se denn das?“ Und dann finden wir unter ihnen wieder Vertreter des Groß- und Spekulationskapitals, so daß wir für die Echtheit dieser „Demokraten“ die Hand nicht ins Feuer legen wollten. Wirkliche Demokraten werden darum auch weiterhin ihren Anstoß an die Arbeiter suchen müssen und in keiner der plötzlich angelegten Volksparteien die Auswertung ihrer Ansichten finden. Sie werden zur Sozialdemokratie kommen müssen, von der im „Vorwärts“ gesagt wird: „Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die einzige jetzt bestehende Partei, die mit ihrem vor dem Kriege geltenden Namen und Programm Krieg und Revolution überdauert hat. Sie hat es nicht notwendig gehabt, ihren Namen zu wechseln. Ihre Farbe hat gehalten. Das ist ein gutes Zeichen.“ Unter dem Banner der Sozialdemokratie müßten wir das Land vor den Verheerungen des Krieges zu schützen, unter dem Banner der Sozialdemokratie kämpften wir für den Frieden, unter ihm wollen wir das neue Deutsch-

Was wollen Bauernräte?

Breslau, 23. November. Der erste Bauernrat der Mark Brandenburg hat sich in Brederick gebildet. Er fordert:

1. Bessere Volksernährung durch möglichst freiwillige Abgabe der Lebensmittel.
2. Eine Bauernmehr im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung und Volksernährung.
3. Die Mitwirkung der Bauernräte bei allen Entscheidungen des öffentlichen Wirtschaftslebens.
4. Mitarbeit in der Ueberführung des landwirtschaftlichen Großbesitzes in den Besitz der Bauern.
5. Mächtigstes Vorgehen gegen die bisherige Schonung des Großgrundbesitzes bei Abgabe von Lebensmitteln, Vieh usw. zum schweren Schaden der Bauern und Volkshaften.

Der Umbau der Schule.

Breslau, 24. November. Wie uns mitgeteilt wird, beabsichtigt das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Reichsregierung zur Einberufung einer Schulkonferenz zu veranlassen, die aus frei gewählten und neuzeitlich gerichteten Pädagogen und Sachverständigen bestehen und die gründliche Erneuerung des deutschen öffentlichen Schul- und Erziehungswesens vorbereiten soll. Das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist bereit, im Auftrag des Reiches die entsprechenden Schritte zu tun. In Orten, wo sich entsprechende Lehranstalten für Mädchen nicht befinden, sind die höheren Schulen grundsätzlich auch den Mädchen zu öffnen. Dem preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird mitgeteilt, daß der Reichsminister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Herr Dr. Baumbach, dem Reichstag am 23. November 1918, im Auftrag des Reiches die entsprechenden Schritte zu tun.

Engländerverammlung in Berlin.

Breslau, 25. November. Im großen Saal der Philharmonie fand Sonntag vormittag eine Versammlung englischer Kriegs- und Zivilgefangener statt. Der Saal war zur Hälfte gefüllt. Die warmherzigen Worte Edward Berners, der hat, nicht das deutsche Volk für die früheren Fehler seiner Regierung verantwortlich zu machen, fand lebhaften Beifall. Auch die sozialistischen Ausführungen Lebedours wurden mit großem Interesse aufgenommen. Als er jedoch die anwesenden Kriegsgefangenen aufforderte, nach der Heimkehr ihre Regierung zur Verantwortung zu ziehen, weil sie die russische Freiheit zu erschaffen suchten, erob sich lebhafter Widerspruch, da ein großer Teil der Versammlung offenbar nicht geneigt war, die bolschewistische Herrschaft als Inbegriff der Freiheit anzusehen. Der als Redner angekündigte ehemalige deutsche Botschafter, Fürst Richnowski, was nicht erschienen.

Die Verluste Amerikas.

Washington, 24. November. General Wood teilt mit, daß die Gefangenennahme der amerikanischen Häftlinge bei Bezeichnung des Waffenstillstandes 53 160 Tote, 179 625 Verwundete und 223 Gefangene und Deserteure betragen. Die Amerikaner nahmen 44 000 Deutsche gefangen und erbeuteten 1400 Geschütze. Wood sagte ferner: Die Verluste der amerikanischen Truppen in Norddeutschland seien nicht höher als die Verluste der deutschen Truppen. Wood sagte ferner: Die Verluste der amerikanischen Truppen seien nicht höher als die Verluste der deutschen Truppen. Wood sagte ferner: Die Verluste der amerikanischen Truppen seien nicht höher als die Verluste der deutschen Truppen.

Ausgleich mit Polen.

Berlin, 22. November. Die „Freiheit“ enthält nachfolgenden Artikel:

Über die Forderungen in unseren Ostprovinzen sind die letzten Zeit Mitteilungen verbreitet worden, die von Ansehen erweisen, als ob Zusammenstöße zwischen den Deutschen und Polen zu erwarten oder gar unabweislich seien. Diesen Kreisläufen gegenüber ist folgendes festzustellen:

Dem Vorkriegsstand wurde von Soldaten, die von den Soldatenräten der Ostprovinzen hierher geschickt wurden, sowie von Parteigenossen aus Polen und anderen Städten der Ostprovinzen versichert, daß alle jene Meinungen erfinden oder Rauf übertrieben sind. Allerdings habe die Einrichtung des A. O. S. Heimatschutz nicht nur bei den Polen, sondern auch bei der deutschen Bevölkerung Befürchtungen erweckt, daß die geplanten Truppenformationen zu kriegerischen Maßnahmen gegen die Polen verwendet werden könnten. Im Aufklärung und eine eventuelle Befähigung über bestehende Maßnahmen herbeizuführen, begab sich am 18. November Genosse Ledebour mit drei Abgesandten des Ostprovinzialen Soldatenrates in das Kriegsministerium. An der Besprechung nahmen teil der Kriegsminister, der Unterstaatssekretär Göbber, Generalmajor von Briesberg, Major von Willisen u. a. Von unserer Seite nahmen an der Besprechung noch teil das Mitglied des Ostprovinzialen Soldatenrates Bartsch und zwei Abgesandte des Soldatenrates Thorn.

Von den beiden Soldatenräten aus Thorn wurde darauf hingewiesen, daß von ihrer Seite selbstständig ein hinreichender Grenzschutz nach vorheriger Verständigung mit den Polen geschaffen werden sei. Dabei in der nämlichen Weise überall an der Grenze zu verfahren, so seien keinerlei Zusammenstöße zu befürchten. Dem Kriegsminister wurde die Rechtmäßigkeit dieses Throner Beschlusses durchaus anerkannt. Ebenso fanden die übrigen von uns gemachten Vorschläge durchweg die Zustimmung des Kriegsministers. Er ist nun auf folgendes hinaus:

Um die gewalttätige Besitzergreifung bisher preussischer Gebiete durch die Polen vor Friedenschluß zu verhindern, und durch Aufrechterhaltung der friedlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschen die Selbstmitleidberührung aus jenen Provinzen sicherzustellen, ist durch Vermittelung des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung mit der polnischen Regierung in Warschau zu erwirken, für die dann auch die Zustimmung der Vertreter der Polen in Polen und Ostpreußen eingeholt ist. Die Vereinbarung muß darauf hinausgehen, daß im Friedensschluß auf Grund der Selbstbestimmung und der Rechte der Bevölkerung jener Gebiete die Entscheidung über ihre künftige Staatsangehörigkeit anheimgegeben wird.

Die polnische Regierung verpflichtet sich, die Rücküberführung der jetzt noch in Polen verbliebenen deutschen Truppen nach Möglichkeit zu erleichtern und zu beschleunigen; ebenso auch die Durchüberführung der noch in der Ukraine lebenden Soldaten durch die polnische Schiene. Dem gegenüber verpflichtet sich die deutsche Regierung, in gleicher Weise die polnischen Truppenteile bis zum Waffenstillstand in Ordnung stehenden österreichischen Korps schleunigst durch beauftragte Schiffe in ihre Heimat zurückzuführen. Ebenso ist den für Deutschland angeworbenen polnischen Arbeitern die sofortige Heimreise zu ermöglichen.

Der Grenzschutz wie der Heimatschutz im Osten ist nach dem Throner Beschlusse durch die bestehenden Truppenformationen durchzuführen; wünschenswert ist es, daß auch von polnischer Seite zum Grenzschutz polnische Truppenteile abkommandiert werden. Weitere Anwerbungen für das A. O. S. Heimatschutz-Ordnung haben zu unterbleiben. Die geringfügige Anzahl der bisher angeworbenen Freiwilligen ist im Rahmen der bestehenden Truppenformationen zu verwenden.

Die bereits bekannt gewordenen, sind zum weiteren Ausbau dieser Vereinbarung bereits Regierungskommissionen nach Polen und Ostpreußen entsandt. Diese Kommissionen haben dem Zweck, die Verständigung zwischen Deutschen und Polen zu fördern. Sie liefern gleichzeitig den Deutschen, wie heimlich des Einverständnisses der Soldaten im Interesse des Friedens ist und wie unbringend die Soldaten ihre an Ort und Stelle gewonnenen Erfahrungen für das Gesamtwohl zu verweisen müssen.

G. Ledebour.

Entlassungen der Soldaten.

Berlin, 24. November. 1. Vom 1. Dezember 1918 ab sind aus dem Heimschutz zu entlassen: Offiziere des Heimschutzverbandes, Unteroffiziere und Mannschaften der Jahrgänge 1880 bis 1884.

Der Aufklärungsdienst der selbständigen Ordnung-, Arbeits- und Versorgungskorps dieses Heimschutzverbandes bis August 15. Dezember abgeschlossen werden. Dann müssen die dazu längere nicht sein, die auch aus dem entsprechenden anderen Heimschutzverbanden zu werden.

2. Das Ostpreussische Infanterie mobilisierter Formationen in der Heimat ist bei Beginn des Jahres 1919 zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen.

3. Soweit es in der Heimat die Heimschutzorganisationen zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen.

Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen.

Zwangswirtschafts-Umbau.

Berlin, 24. November. Im Einklang mit den künftigen Reformen wird angestrebt, daß die Zentral-Einkaufsgesellschaft sofort aus dem Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsrates ausscheidet und dem Herrn Staatssekretär des Reichs Ernährungsamtes unterstellt wird.

Berlin, 23. November 1918.
Die Reichsregierung.
Gen. Ebert. Haase.

Die Winternie.

Berlin, 23. November. Der Justizminister hat folgende allgemeine Verfügung erlassen: Allgemeine Verfügung vom 23. November über die Bewährung von Straftätern.

1. Nach Artikel 6 des Reichsgesetzes vom 12. November (Abbl. S. 1303) ist für alle politischen Straftaten Amnestie angedeutet, die wegen ihrer Straftaten anhängigen Verfahren sind wiederzuschlagen. Höhere Anordnungsmaßnahmen der Reichsleitung sind noch zu erwarten. Schon jetzt werden die Strafvollstreckungsbehörden angewiesen, die Strafverfahren wegen unbedeutlicher Straftaten zu unterbrechen und neue Vollstreckungsmaßnahmen wegen solcher Straftaten nicht mehr einzuleiten. Die Strafverfahren wegen Verbrechen wegen Verbrechen sind in Rede stehenden Art nicht mehr zu betreiben und Anträge auf Aufhebung anstehender gerichtlicher Urteile zu stellen.

2. Auch wegen nicht politischer Straftaten ist ein Rückblick über die Bewährung von Straftätern zu erwarten. Schon jetzt werden die Strafvollstreckungsbehörden angewiesen, die Bewährung von Straftätern, die nicht schwerer sind, als drei Monate Gefängnis nicht mehr einzuleiten und bereits anhängende Strafen von nicht mehr als drei Monaten alsbald zu unterbrechen.

Engländer nach Kiel?

London, 24. November. „Sunday Times“ schreibt: In Marinetrieben erzählt man, Schiffe der Hochseeflotte und eine Großflottillotte würden im Laufe der Woche nach Kiel nach Wilhelmshaven kommen, um sich zu versammeln, daß die Abreise der dänischen Schiffe auf die vereinbarte Weise vor sich gehen wird. Die Abreise soll bei Kommando haben und von je einem französischen, italienischen und amerikanischen Admiral begleitet sein. Admiral Beatty soll von den Deutschen ein anderes Schiffschiff und einen anderen Kommandanten begleiten haben, damit die von den Vereinbarungsbedingungen festgelegte Zahl erreicht werde.

Aus dem Reich ergängt.

Berlin, 24. November. Auch nach dem bekannt geworden. Der Vorkriegsstand wurde von Soldaten, die von den Soldatenräten der Ostprovinzen hierher geschickt wurden, sowie von Parteigenossen aus Polen und anderen Städten der Ostprovinzen versichert, daß alle jene Meinungen erfinden oder Rauf übertrieben sind. Allerdings habe die Einrichtung des A. O. S. Heimatschutz nicht nur bei den Polen, sondern auch bei der deutschen Bevölkerung Befürchtungen erweckt, daß die geplanten Truppenformationen zu kriegerischen Maßnahmen gegen die Polen verwendet werden könnten. Im Aufklärung und eine eventuelle Befähigung über bestehende Maßnahmen herbeizuführen, begab sich am 18. November Genosse Ledebour mit drei Abgesandten des Ostprovinzialen Soldatenrates in das Kriegsministerium. An der Besprechung nahmen teil der Kriegsminister, der Unterstaatssekretär Göbber, Generalmajor von Briesberg, Major von Willisen u. a. Von unserer Seite nahmen an der Besprechung noch teil das Mitglied des Ostprovinzialen Soldatenrates Bartsch und zwei Abgesandte des Soldatenrates Thorn.

Keine Gefechte mehr!

Berlin, 23. November. Der „Vorwärts“ meldet: Die Reichsleitung hat sich entschieden, es das Oberste Hauptquartier einen Befehl herauszugeben, wonach jedes Feuergefecht mit den Franzosen zu vermeiden ist. Es ist jetzt wenn die Franzosen auf unsere Truppen schießen. Eine Vermeidung des deutschen Todes durch Kampf ist unter allen Umständen zu vermeiden. General Eisenstein hat in einer heute früh eingelangten Depesche geantwortet, dem Wunsch der Reichsleitung den Befehl auszuführen, wenn unsere Truppen zu schießen, ist nachkommen. Die französischen Generale demgegenüber die entsprechende Rücksichtnahme der deutschen Truppen zu bezeugen, daß der Kampf nicht mehr geführt werden soll. Es sollen eine Berge in der Höhe der Soldaten mit dem künftigen Mittel, nämlich der Abgabe des Heimschutzamtes, haben.

Die Heimkehr der Truppen.

Berlin, 23. November. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen.

Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen.

Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen.

Wiederentdeckung der Höhe und Keller.

Am Freitag fand im Restaurant „Der Wein“ eine Besprechung der Vertreter aller Berliner Arbeiter-Organisationen im Schwarz-rot-weiß-Verband. Die Besprechung wurde von dem Vorsitzenden des Schwarz-rot-weiß-Verbandes, Herrn ... geleitet. Es wurden die Angelegenheiten der Arbeiter-Organisationen im Schwarz-rot-weiß-Verband besprochen. Die Besprechung wurde von dem Vorsitzenden des Schwarz-rot-weiß-Verbandes, Herrn ... geleitet.

Die Heimschutzorganisationen.

Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 25. November. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen.

Die Heimschutzorganisationen.

Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen.

Die Heimschutzorganisationen.

Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen.

Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen.

Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen.

Die Heimschutzorganisationen.

Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen.

Die Heimschutzorganisationen.

Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen.

Die Heimschutzorganisationen.

Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen.

Die Heimschutzorganisationen.

Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen.

Die Heimschutzorganisationen.

Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen. Die Heimschutzorganisationen sind in der Heimat zu gründen, um die dortigen Angehörigen der Heimschutzorganisationen zu beschäftigen.

Sachsen und Polen.

Der Streit in Obersachsen

Man hat einen Unstimmigkeit an, der durchaus wertschätzend kommt. Unsere oberschlesische Kohlenverleihung kann dadurch leichter sehr erfolgreich geführt werden, wenn es nicht bald gelingt, den Streit beizulegen, der durch großpolitische Agitatoren hervorgerufen ist. Nach heute vorliegenden Nachrichten hat der Streit das ganze oberschlesische Industriegebiet ergriffen und mit wenigen Ausnahmen sind fast alle Gruben so in Mitleidenschaft gezogen.

Nach einer U.-S.-Z.-Ausgabe vom 23. November waren ausführlich auf der Ludwig-Graße von 1338 Mann 1338 auf der Hedwig-Bunisch-Graße von 667 Mann 634, Bergschicht 3 von 496 Mann 337, Anhalt-Graße von 2100 Mann 2000, Neue Victoria-Graße von 93 Mann 75, Bergschicht 4 von 822 Mann 608, Wenzel-Schacht der Hugo-Wander-Graße von 335 Mann 325, Voer-Schicht von 350 Mann 90, Emma-Graße von 1750 Mann 1680, Hülfengraße von 847 Mann 453, Roter-Graße von 958 Mann 747, Reinhold-Wegbar 422 Mann, auf der Hohenzollerngrube von 1000 Mann 909, auf der Heinitz-Graße feldisch von 255 Mann 230 unter Tage und über Tage von 255 Mann 220, auf der Byandra-Graße von 1300 Mann 1100, auf der Capellen-Graße von 800 Mann 790, auf der Preußengrube von 740 Mann 710, auf der Nadelnknau-Graße von 496 Mann 356 und auf der Gachsen-Zentrum-Graße von 836 Mann 617.

Die Arbeitslosigkeit der Metallindustrie in Mittel- und Niedersachsen

Am 21. d. Mts. haben zwischen einer Vertretung des Metallarbeiterbundes Niedersachsens und dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Deutschen Metallarbeiter- und Holzarbeiterverband sowie Gewerkschaften der Metallarbeiter-Verbindungen in Mittel- und Niedersachsen Verhandlungen stattgefunden, die die wichtigsten Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Metallindustrie betrafen. Demnach soll die Arbeitslosigkeit bis 1. Januar 1918 48 Stunden pro Woche betragen und darf eine Vertriebsminderung nicht stattfinden. Wegen Einführung eines partiellen Arbeitsschweifes ist eine Kommission vorgesehen, die die weiteren Maßnahmen zu treffen hat. Ebenso sind Schlichtungsinstanzen zur Beilegung von Differenzen vorgesehen. In Zukunft sollen durch Kollektivverträge die verschiedenen Lohn- und Arbeitsbedingungen festgelegt werden; zur Überwachung eines solchen Vertrages sind ebenfalls eine Kommission vorgesehen.

Was allem diesen kann ersen werden, daß von den Organisationen alles getan wird, um die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter und Arbeiterinnen so günstig wie möglich zu gestalten. Deshalb bitten wir, die weiteren Maßnahmen abzuwarten, die sofort erfolgen, sobald die Arbeitgeber in ihrer Selbstverwaltung einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt haben, was bis Ende des Monats geschehen wird.

Kölnen und Kölningen! Wir erwarten von Euch, daß in der jetzigen Zeit nicht schlechter als in der letzten die notwendigen Einigkeit der Arbeiterchaft lösen und andererseits eine Unterbrechung der Produktionsmöglichkeit herbeiführen können. Im Auftrag der beteiligten Gewerkschaften.

Otto Handke, Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Frankfurt, 22. November. Schickt zur Stadtschreiber, die lesen und schreiben können. Eine etwas eigenartige Wahlentscheidung zur Stadtverordnetenwahl durch den Stadtrat von hier im "Quartal". So empfehlen die Wahl von sieben Bürgern in Stadtverordneten mit der Begründung: "Bürger wählt Männer, die die Interessen der Stadt wahren und was lesen, lesen, schreiben und auch einen Brief verfassen können." Mit einem Teil der bisherigen Stadtähler müssen demnach die Wähler recht schlechte Erfahrungen gemacht haben.

Landwirte, liefert Kartoffeln zur Großstadt.

Brieg, 19. November. Die Sitzung des Rates der Arbeitgeber hat u. a. auch mit der Bestellung eines besonderen Vertreters des Rates als Kontrollkomitee. Der Ortsbürgermeister hat empfahl die Anstellung und Arbeit hierin, daß Arbeitgeber und Stadtverordneten-Vertretung ihre Zustimmung geben würden. Die Versammlung wählte jedoch gegen zwei Stimmen den Genossen Brandt, Gauleiter des Buchbinder-Verbandes für diesen Posten. Die Verhandlung wurde nach kurzer Zeit abgebrochen, weil die Verhandlung über die Einleitung der Verhandlung nicht weiter zu kommen konnte. Die Verhandlung über die Einleitung der Verhandlung nicht weiter zu kommen konnte.

Vollkorn, 23. November. Der rote Sonntag! Nach der Sitzung der So. So. bei der alten Hauptstraße der Vollkorn, findet medienweit sichtbar die rote Fahne der Republik. Am vergangenen Sonntag fand eine eindrucksvolle Demonstration statt. Seit über 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen aller Berufe, kleine Handwerker und Gemeindevorsteher machten unter Führung einer Musiktruppe und der Durchführung einer roten Fahne einen Umzug durch die Straßen der Stadt. Mit roten Fahnen geschmückte Frauen und Mädchen bildeten ihre Begleitung. Vor dem Rathaus auf welchem ebenfalls eine rote Fahne angebracht war, hielt Genosse Geisler eine warm empfundene Ansprache, die mit Beifall beantwortet wurde. Dann ergab der Polizeistärke

Bürgermeister des West, von die ... (The text is partially illegible and continues with news from Westphalia).

Wetzlar, 23. November. Die auf Veranlassung des A.- und S.-Rates der Stadt Wetzlar im Rathaus zum Stern einberufene Volkerversammlung war aus allen Schichten der Einwohnerschaft, Männern und Frauen, zahlreich besetzt. Herr Bürgermeister Weidner eröffnete die Versammlung und ermahnte die Anwesenden, sich unter der neuen Regierung mitzuarbeiten um Wohlsein des Landes. ... (The text continues with a detailed report on the assembly and the political stance of the community).

Drageg, 23. November. ... (News from Drageg, including a report on a meeting and local events).

Fladungen OS., 22. November. Der Sozialdemokratische Wahlverein hielt am Sonntag eine sehr gut besetzte Mitgliederversammlung ab. Die Genossen Gärtner und Ossowski wurden als 1. bzw. 2. Vorsitzender, Wustalla als 3. und 4. Schlichter, Kuboll als Schriftführer und Zschigja und Dörschmann als Revisoren gewählt. ... (Report on the election results and the formation of a local committee).

Berg, 23. November. Eine nicht beabsichtigte Wirkung hatte die Meldung des Brauerdirektors und Leiters des Ernährungsamts für den Kreis Hildesburg, Siegfried Gendler, der sich dem A.- und S.-Rat schriftlich als Mitarbeiter zur Verfügung stellte. ... (News about a local official's resignation and the impact on the community).

Hörsing, 23. November. ... (News from Hörsing, including reports on local meetings and social events).

Wetzlar, 23. November. ... (Continuation of news from Wetzlar, detailing the assembly and local news).

Kettwig, 21. November. Es wird Ordnung geschafft. Die Unruhe über die Lebensmittelpreiserhöhung waren seit Einführung der Nationalen Vorkriegsnotverordnung im Vordergrund. ... (Report on food price regulation and market conditions in Kettwig).

Kettwig, 21. November. ... (Continuation of the report from Kettwig, discussing the impact of the regulations on the population).

Die Verstaatlichung!

Berlin, 24. November. Der preussische Finanzminister Simon be sprach mit dem Schriftleiter der volkswirtschaftlichen Zeitschrift "Die Bergeseilschaftung" das Problem der Verstaatlichung. Er erklärte unter anderem: Schon die Tatsache, daß die Regierung eine besondere Kommission wählte, in der hervorragende deutsche Volkswirte, und zwar sowohl Männer des praktischen Wirtschaftslebens, als auch der Wissenschaft sitzen, beweist deutlich, daß Experimente, wie sie in England vorgenommen wurden, vermieden werden sollen, und daß insbesondere gefährliche Ueberstürzungen verhindert werden. ... (A detailed article discussing the political and economic aspects of nationalization).

Berlin, 24. November. ... (Continuation of the article on nationalization, focusing on the financial and administrative challenges).

Berlin, 24. November. ... (Further commentary and news related to the nationalization debate in Berlin).

Wetzlar, 23. November. ... (Short news snippets and local reports from Wetzlar).

Meine Nachrichten.

Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung. Die Entwicklung der Dinge im Westen haben die Kohlenlieferungen aus dem Saargebiet ganz, und den rheinisch-westfälischen Kohlenfeldern teilweise von Mittel- und Ostdeutschland abgeperrt. ... (Report on coal supply issues and regional economic impacts).

Keine Spaltung zwischen Unabhängigen und Reichheits-Sozialdemokraten in Sachsen. Das Presseamt der Arbeiter- und Soldatenrates teilt folgendes mit: Der Bericht über den Nationalkongress zwischen den Unabhängigen und Sozialdemokraten der ersten Richtung hat teilweise die irrtümliche Auffassung erweckt, als ob damit eine Spaltung zwischen den Unabhängigen und Reichheits-Sozialdemokraten eingetreten sei. ... (Statement from the Saxony workers and soldiers' council).

Die Mobilisierung des Elzäfers verlangt. Die Barriere Freie fordert die Auslieferung Wilhelm aus Holland. Wenn die Auslieferung nicht verlangt werden könne, müsse der Elzäfer eben ausgetrieben werden. ... (Report on military and political demands related to the Elzäfer region).

Rückkehr keine Aufhebung über Trennung von Staat und Kirche. In der Presseerklärung, daß die preussischen Staatsbehörden in den nächsten Tagen eine Entscheidung über die Trennung von Staat und Kirche fällen werden, erfahren wir, daß die preussische Regierung noch gar keinen Beschluß über diese Frage gefaßt hat. ... (News about church-state separation discussions).

Briefkasten.


Die Arbeiter- und Soldatenrat. ... (A collection of letters and responses from readers, including requests for information and expressions of support).

Die Arbeiter- und Soldatenrat. ... (Continuation of letters and responses from the 'Briefkasten' section).

Die Arbeiter- und Soldatenrat. ... (Further correspondence and reader input).

Die Arbeiter- und Soldatenrat. ... (Continuation of the letter exchange).

Permemptha Brillengläser.
 Geben von der Mitte bis zum Außenrand. ...
Wenn Ihre Augen
 etwas trüb sind, ...
Fiedler's Augenheilmittel
 es besteht 40 Jahre
 Fiedler's Augenheilmittel



Familiennachrichten

Am 19. November 1918 ist Herr Polzel-Kommissarius a. D. Dittrich der 20 Jahre lang das Stiftungs-Grundstück, Gabitzstraße 79, 81 im Ehrenamt verwaltet hat, gestorben.

Nachruf. Am 20. November 1918 ist der Stadthalter unserer Stadt, Stadthalter a. D., Gehelme Regierungsrat Dr. Otto Pfundtner in Berlin-Zehlendorf, seinem Ruheort, verschieden.

Nachruf. Am 11. ds. Mts verschied unser Mitglied Frau Klara Kleinert im Alter von 39 Jahren.

Dankagung. Für die in so reicher Menge dargebrachten Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres langjährigsten Sohnes und Bruders Alfred Koschnicke

Siebiel Theater. Heute abend 7 1/2 Uhr: Nur noch 6 Tage! Nur noch 6 Tage!

Viktorie-Theater. Heute u. täglich 8 Uhr: Die tolle Komtesse.

Konzerthaus Wappenhof. Montag, den 25. November 1918: Lieder-Abend.

Samson und Co. Bekannt gute Ausführung prompte Bedienung. Lieferung v. Bildern zu Paßwecken 1.2-3 Stunden.

Frauenhaare! Die feinsten, natürlichsten, einwandfrei gezeichneten, hochglanzig, leicht anzufräsen Haare.

Ersatz für Kohle! Große Posten Parthoflöser, 3tr. Wkt. 4.50 ab Platz ab 15 3tr. Wkt. 5.- pro 3tr. frei Haus.

Zur Stärkung für Grippe-Konvaleszenten. Wohlgeschmeckende Lebertranemulsion mit Lezithin, Glas 1/2 Mk. 6.50.

Nur Mass-Arbeit! Anzug oder Paletot können Sie nur auf eleganteste gewendet bekommen.

Breslauer Consum-Verein. Wir machen darauf aufmerksam, daß während der Zeit vom 1. Dezember d. J. bis 5. Januar 1919 Auszahlungen aus dem Geschäftsguthaben per Vereinsmitglieder nicht stattfinden.

Praktische Weihnachtsgeschenke Gardinen. Vorhänge o. Bettdecken. Reiche Auswahl. Mäßige Preise.

TT. Nur bis Donnerstag! Der Rattenfänger.

Die Schrecken der Katakomben. In 1 Vorspiel und 4 Akten Spieltheater von Paul Wegener.

Punkt und Pünktchen. Ganz eigenartige, prächt. nordische Nummern.

Robert Fürst Blücher. Inhaberin C. Meißner.

Dominikaner! 7-8 Uhr Konzert, ab 8 Uhr: Die Mäxchen Fährten.

Wintermäntel. hochmodern 145, 155, 225.

V. Martin. Maschinelle Schneidmaterial.

Aschmoor. 55 Aschmoor 55.

DK. Nur bis Donnerstag! Joe Deeb's.

Die Ratte. 4 grosse Akte.

Eva May. In d. herrlichsten Liebesroman.

Ein zerstörter Liebestraum. Sie kommt, zusammen nicht kommen sie hatten einander zu lieb.

4 grosse Akte. Der Liebes-Roman d. herrlich. Ent-Spektakel.

Sehen Verdienst! 24-prozentige wie z. B. 27.5, 5.5, 1.5.

Kapauner, 16. 11. 1918.

Max Kühn, Dentist. Reichstraße 38 R. Ecke Hauptstr.

Vortrag P. Schirmeister, Berlin. Dienstag, den 20. November, abends 7 1/2 Uhr.

Konzert zum Beiken unserer heimkehrenden Soldaten.

Der Hermann Stehr-Abend. 28. Dezember, nachmittags.

Ziehung bis 4. Dezember. Preussisch-Schlesische Klassen-Lotterie.

Ziehung 6.-11. Dezember. Die richtige Rote Lotterie Geld-Lotterie.

Beamte, Angestellte und Hilfsarbeiter in den Betrieben der Reichs-, Staats- und Gemeinde-Behörden.

Max Kühn, Dentist. Reichstraße 38 R. Ecke Hauptstr.

Vertical text on the far left edge of the page, likely a page number or printer's mark.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. November.

Soldatenversammlung

heute abend im Schichwerder.

Vor den versammelten Soldatenräten der ganzen Garnison sprachen die Generäle...

Mitteilung des Volkerrats.

Waffenheime entrückt nach wie vor die Abstellung...

Während dem Volkerrat und dem Generalsoldatenrat...

Unterhaltung für die Heimkehrenden.

Am Sonntagabend wurde im Rathaus eine Spinnung abgehalten...

Der erste Gruß.

Brackenzert in der Jahrhunderthalle.

An Ehren der bereits aus dem Felde entlassenen Krieger...

In der ersten der zwei Aufführungen, die von 100 bis 800 Personen...

Das für den Nachmittag anordnete Konzert des eine...

Die Dreslauer Kreischaft hat in einer Sitzung...

Die Dreslauer Kreischaft hat in einer Sitzung...

Die Dreslauer Kreischaft hat in einer Sitzung...

Der Kleiderbezugschein abgebaut!

Der unumgängliche Kleiderbezugschein, der aber während...

Dieser Abbau wird in dreifacher Art vollzogen...

Folgende Gegenstände dürfen, außer den bisher noch...

Dort, wo das Bezugscheinverfahren noch aufrechterhalten...

Für jede männliche Person kann ein Bezugschein...

Bisher konnte Bettwäsche nur für Kranke, Wöchnerinnen...

Schließlich wird der erlaubte Bestand für Unterkleidung...

Volksvorstellung.

Am Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 2 Uhr...

Ein Damenportemonnaie wurde Sonntag mittag an der...

Die Oberkassfahrt.

Neben die vergangene Woche schreibt der Breslauer...

Die Grippe

Ist in den letzten Wochen weiter zurückgegangen; das zeigen...

Auftrieb an das Brauergewerbe.

Um unabsehbares Unheil zu verhüten, ist es unbedingt...

- 1. Die juristisch-rechtlichen Arbeitnehmer müssen in denjenigen Betrieben...

Die Durchführung der vorstehenden Grundsätze...

Kontoristin im gewerblichen Betriebe.

Die Kontoristin S. war in dem letzten Monatsgehalt...

Ein unerwarteter Verlust nahm die öffentliche...

Ein fähiger Bahnhofscommandant...

Revolutions-Rino

Streikende Oberbürgermeister.

In Königsberg (Preußen) haben die Männer, während...

Braunschweig.

In Braunschweig ist der bekannte Anarchist...

Am so erfreulicher wirkt es, aus der Stadt...

Auß aller Welt.

Wie die Monarchen die Not des Volkes tritten.

Als die Kammerkammer Wilhelms des Dritten...

Auch im Großen Hauptquartier wurde in einer...

3. September 1918. Erstes Frühstück...

3. September 1918. Königlich-königliche...

3. September 1918. Bitte der Monarchen im Großen Hauptquartier...

Großes Hauptquartier 5. Dezember 1918.

Königliche Mittagstafel. Kraftbrühe auf königl. Art...

So sah die 'partianische Tafel' des Kaisers...

Der Kaiser war nicht der einzige unter den gekrönten...

3. September 1918. Königlich-königliche...

3. September 1918. Bitte der Monarchen im Großen Hauptquartier...

Reisebericht der Soldaten von der Front.

Die Rückkehr der Soldaten aus dem Felde hat...

Wer heute in den ersten frühen Vormittagsstunden...

Ein fähiger Bahnhofscommandant...

Ein fähiger Bahnhofscommandant...

